

**Öffnung des Rheinbrückenverkehrs zwischen Mannheim und Ludwigshafen.**  
Mannheim, 2. Januar. Der Rheinbrückenverkehr zwischen Mannheim und Ludwigshafen ist seit dem 1. Januar morgens gesperrt. Die Brücke darf nur gegen Ausweis passiert werden.

**Die Vorbereitungen für die Friedenskonferenz.**  
Berlin, 2. Januar. Die „Deutsche Wg. Ztg.“ schreibt über die Vorbereitungen für die Friedenskonferenz: Die von der Reichsregierung angeordneten Vorbereitungen für die Friedenskonferenz einen guten Fortschritt und dürften demnächst zum Abschluß gelangen. Der Schwerpunkt der Arbeiten liegt naturgemäß bei dem Auswärtigen Amt, wo das außerordentlich umfangreiche Material von der politischen, handelspolitischen und der Rechtsabteilung bearbeitet wird. Außerdem nehmen aber auch andere zahlreiche Reichsämter und sonstige Behörden, namentlich das Reichsamt des Innern, das Reichswirtschaftsamt, das Reichsjustizamt, das Reichsgesundheitsamt, das Reichsmarineamt und das Kriegsministerium an diesen Arbeiten teil. Für besondere Fragen technischer Natur sind sehr zahlreiche namhafte Sachverständige zur Mitarbeit herangezogen worden.

**Bern, 2. Januar.** Die Pariser Zeitungen berichten, daß sofort nach der Rückkehr Wilsons aus Italien die Verbündeten die Friedensprozedur besprechen und ihr Programm ausarbeiten werden. Diese Verhandlungen würden zweifellos in der ersten Hälfte des Januar stattfinden. Selbst wenn erklärt werde, daß die Verbündeten völlig einig seien, so könne der Frieden erst an dem Tage unterzeichnet werden, an dem Deutschland seine innere Lage wiederhergestellt haben werde.

**Prag, 2. Januar.** Die Friedensdelegation der tschechoslowakischen Republik wird sich am Montag zu den Friedensverhandlungen nach Paris begeben. Heute fand hier eine Beratung im Ministerrat statt.

**London, 2. Januar.** Die „Evening Post“ meldet, wird ein großer Teil der britischen Delegation zur Friedenskonferenz am nächsten Sonnabend nach Paris abreisen. Der britischen Delegation werden außer Lloyd George, Balfour und Bonar Law noch angehören Lord Hardinge, ferner vom Auswärtigen Amt Sir William Tyrrell, Sir Lewis Mallet für türkische Angelegenheiten, Sir E. Howard für Angelegenheiten Nordeuropas, Ralph Bagot für Balkanangelegenheiten und Sir Eyre Crowe für westeuropäische Angelegenheiten. Es wird auch eine zahlreiche Abordnung vom Kriegsamt, von der Admiralität und vom Luftamt dazu gehören.

**Ergänzung der Verordnung über die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung.**

Berlin, 2. Januar. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine Verordnung zur Ergänzung der Verordnung über die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung vom 28. Dezember 1918. Danach sind die Angehörigen des Heeres und der Marine, die vom 7. Januar 1919 ab aus dem Felde heimkehren, ohne Eintragung in die Wählerlisten auf Grund einer Bescheinigung über ihre Heimkehr dort zur Wahl zugelassen, wo sie sich am Wahltag aufhalten. § 10 Absatz 1 des Reichswahlgesetzes findet keine Anwendung. Bescheinigungen über die Heimkehr dürfen nur für Wahlberechtigte ausgestellt werden. Die Bescheinigungen müssen Vor- und Zuname, Alter, Stand oder Gewerbe und Wohnung des Heeres- und Marineangehörigen sowie die Angabe enthalten, daß er erst nach dem 6. Januar 1919 aus dem Felde heimkehrt. Sie werden von dem nächsten dienstlichen Vorgesetzten in der Stellung mindestens eines Kompanieführers oder an Bord vom Kommandanten nach vorgeschriebenem Muster ausgestellt. Der Wahlvorsteher oder sein Stellvertreter hat die Bescheinigung dem Wähler vor der Ausübung des Wahlrechts abzunehmen. Die Bescheinigungen werden dem Wahlprotokoll beigelegt. Ihre Zahl wird in dem Abschnitt des Wahlprotokolls über die Fällung der Wahlumfänge vermerkt. — In Ergänzung des § 9 Absatz 1 des Reichswahlgesetzes wird folgendes angeordnet: Wahlberechtigte Beamte und Arbeiter in Staatsbetrieben, die ihren dienstlichen Wohnsitz im Auslande haben, sowie die wahlberechtigten Angehörigen ihres Hausstandes sind auf Antrag in die Wählerliste der nächstgelegenen deutschen Gemeinde einzutragen, auch wenn die Auslegungsfrist verstrichen ist.

**Beschlüsse des Zentralkrates der sozialistischen Republik Deutschlands.**

Berlin, 2. Januar. In der heute stattgefundenen Sitzung des Zentralkrates der sozialistischen Republik Deutschlands wurde zunächst die Frage erörtert, ob eine Anzahl vom Reich erhaltener Dampfer an Privatbetriebe verkauft werden oder zum Zweck der Gründung einer staatlichen Seeflotte zurückgehalten werden soll. In Rücksicht auf die Wichtigkeit der Frage wurde eine Kommission mit der Weiterberatung betraut. Diese hat die Aufgabe, mit dem Reichsmarineamt in Verbindung zu treten, um geeignete Vorschläge unterbreiten zu können. Weiter wurde beschlossen, daß die von dem bisherigen Volksrat geschaffenen Einrichtungen vom Zentralkrat nicht übernommen werden.

**Zusammenkunft der deutschen Finanzminister.**

Berlin, 2. Januar. Der Staatssekretär des Reichsfinanzamts hat die Chefs der einzelstaatlichen Finanzressorts zu einer gemeinsamen Erörterung der schwebenden Finanzfragen auf Freitag, den 10. Januar, in das Reichsfinanzamt eingeladen. In vertraulicher Aussprache sollen insbesondere die bisherigen Maßnahmen der Reichsleitung und ihre Steuerpläne, das Verhältnis zwischen Reich und Einzelstaaten, die Aufgaben der Nationalversammlung und die finanzpolitischen Teile der zukünftigen Reichsverfassung behandelt werden.

**Graf Brockdorff-Rangau zum Austritt seines Amtes.**

Berlin, 2. Januar. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Graf Brockdorff-Rangau, hat nach Übernahme seines Amtes einem Mitarbeiter des W. Z. B. folgendes erklärt: Mein Bestreben wird sein Wahrheit und Offenheit dem eigenen Volke wie dem Auslande gegenüber. Das deutsche Volk soll im Innern keine innere Kluft und Würde verlorener Selbst-

erniedrigung wie Abwertung vermeiden. In meinem Teile dazu beitragen, bis ich entlassen bin. Den Frieden will ich verhandeln mit einem Frieden des Schmerzes. Einen Frieden der Gewalt, der Vernichtung und Bestrafung lehne ich ab. Manche unserer Gegner werden das Bestreben als einen Versuch Deutschlands, sich den aus der Ausnahme des Wilsonschen Programms folgenden Verpflichtungen zu entziehen. Diese Behauptung ist ebenso unklar wie der Glaube irrig, daß Deutschland der Revolution werde sich demütig den Forderungen der reinen Gewalt beugen.

Solange ich an dieser Stelle stehe, wird dafür gesorgt werden, daß Deutschland seine Aufgaben gewissenhaft erfüllt, aber nicht um die Breite eines Haars über das hinausgeht, was es als Recht erkannt hat. Ein Gebot der Gerechtigkeit ist das Recht der Selbstbestimmung. Unsere Gegner haben es nicht nur anerkannt, sondern zum Kampfsatz gemacht. Deutschland erkennt es gleichfalls an, fordert es aber auch für sich. Wenn der Grundsatz gelten soll: „Der Völkern das Bestmögliche“, so wird es auch heißen müssen: „Deutschland den Deutschen!“

**Austritt des Admirals Scheer.**

Berlin, 2. Januar. Dem bisherigen Chef des Admiralsstabs der Marine Admiral Scheer ist der nachgehende Abschied mit der gesetzlichen Pension bewilligt worden.

**Hindenburg gegen die Beschlüsse des Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte.**

Berlin, 2. Januar. Das vertrauliche Telegramm Hindenburgs an das Kommandierendes Oberkommando Oberost, das sich gegen die Beschlüsse des Rätekongresses wendet, hat der „Freiheit“ zufolge folgenden Wortlaut: Ich erkenne die von dem Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte gefasste Resolution betreffend Besetzung der Heeresstellen, insbesondere betreffend die Stellung der Offiziere und Unteroffiziere, nicht an. Ich bin der Auffassung, daß eine solche tief in das Leben der Nation und des Heeres einschneidende Veränderung nicht von einer einseitigen Entscheidung, sondern nur von der durch das ganze Volk vertretenen Nationalversammlung getroffen werden kann.

Das Heer steht nach wie vor zu der Regierung über und erwartet von dieser Regierung, daß sie die von ihr gegebene Befehlsbefugnis über den Standpunkt des Heeres und die Maßnahmen über die Befugnisse der Kommandanten des Heeres wieder als ungeschwächt anerkennt und dadurch dem Offizier- und Unteroffizierskorps ermöglicht, wieder Dienst zu tun. Ich bin in diesem Sinne bei der Regierung vorläufig geblieben. Es bleibt deshalb bei den bisher gegebenen Befehlen.

**Sakischs Bericht über eine Kriegserklärung an die russische Republik.**

Berlin, 2. Januar. Der frühere Volksbeauftragte Barth hat nach Zeitungsberichten in einer Versammlungsrede gesagt, während seiner Zugehörigkeit zur Regierung habe er eine Kriegserklärung an die russische Republik verweigert. Wie Hr. Barth zu dieser Äußerung kommt, ist völlig unerklärlich. Denn eine solche Kriegserklärung ist weder beabsichtigt gewesen, noch erteilt worden.

**Einpruch der Reichsregierung gegen das Eindringen Radels in Deutschland.**

Berlin, 2. Januar. Aus Anlaß des unbefugten Eindringens von Radel und Genossen nach Deutschland hat die deutsche Regierung folgenden Einspruch nach Moskau gerichtet: Vor einigen Tagen ist Radel, der Chef der russischen Propaganda, nebst einigen Genossen unter Umgehung der Grenzkontrolle in Berlin eingetroffen und ist in einer Versammlung für den Bürgerkrieg in Deutschland und die Wiederaufnahme des Kampfes gegen den Verband eingetreten. Radel und seine Genossen werden die Folgen ihres unerlaubten Schrittes zu tragen haben. Die deutsche Regierung aber sieht sich gezwungen, gegen das Eindringen der russischen Vertreter nachdrücklich Einspruch zu erheben. Das Verhalten Radels wird sie darin bestärken, der Zulassung von Vertretern der russischen Sowjetregierung auch fernerhin Widerstand zu leisten. Ferner hat sie an Oberost, den Zentralkrat der Ostfront sowie sämtliche Soldatenräte im Osten folgendes Telegramm gerichtet: Der bekannte Chef der russischen bolschewistischen Propaganda und bolschewistische Agitator Radel ist vor einigen Tagen mit andern bolschewistischen Vertretern in Berlin eingetroffen und hat hier in einer Versammlung der Spartakuspartei öffentlich für den Bürgerkrieg in Deutschland und die Wiederaufnahme des Kampfes gegen den Verband gemeinsam mit den Bolschewisten gesprochen. Die russischen Vertreter haben es augenscheinlich verstanden, sich der Grenzkontrolle in unzulässiger Weise zu entziehen. Wir bitten, zu untersuchen, wie das möglich gewesen ist, und eruchen, mit allen Kräften darauf Bedacht zu nehmen, daß der Grenzschutz auch in dieser Beziehung nicht nachläßt und daß alles dafür getan wird, um das Eindringen der Anarchie in Deutschland zu verhindern.

**Keine Tschechen-Gefahr für Sachsen.**

Bautzen, 2. Januar. Mitglieder des Bauener Arbeiter- und Soldatenrates haben das nordböhmische Grenzgebiet bis in die Gegend von Reichenberg bereist mit dem ausschließlichen Zweck, sich zu erkundigen, inwieweit sich die alarmierenden Meldungen über einen beabsichtigten Einfall der Tschechen auf sächsisches Gebiet bewahrheiten. Sie haben dabei überall feststellen können, daß von tschechischer Seite Vorbereitungen für einen Einfall in die Gegend nicht zu beobachten sind. Damit besänftigen sich die beruhigenden Mitteilungen des Volksbeauftragten Lipinski. Inmerhin bleibt zu fragen übrig, was denn die starken tschechischen Zusammenziehungen an der sächsisch-böhmischen Grenze zu bedeuten hatten, die entsprechende Gegenmaßnahmen von sächsischer Seite anfordern.

**Der Verband gegen die Besetzung preussischer Gebiete durch die Polen.**

Rotterdam, 2. Januar. „Morning Post“ meldet aus Warschau: Die verbündeten Kabinette haben die Verhandlungen über die polnische Frage aufgenommen. Der Waffenstillstand wird im Osten von den Verbündeten gegebenenfalls erzwungen werden. Die polnische Bewegung im preussischen Grenzgebiet ist zwar nur die Folge der preussischen Gewaltpolitik gegen die Polen, sie liegt aber nicht im Interesse der Verbündeten, die mit aller Energie verlangen, daß der Bolschewismus in den Grenzgebieten aufhöre. „Daily News“ und „Daily Telegraph“ erheben Einspruch gegen die Besetzung preussischer Gebiete durch die Polen vor der Friedenskonferenz.

**Wiederherstellung der Wiederherstellung des früheren Zustandes durch die Maßnahmen der Verbündeten.**

**Übergriffe gegen deutsch-österreichische Behörden in München.**

München, 2. Januar. Der Minister des Auswärtigen, Kurt Eisner, teilt mit, daß vom Ministerium des Auswärtigen eine Depesche an den Staatssekretär des Auswärtigen in Wien abgefaßt worden ist des Inhalts, in der Nacht vom 1. zum 2. Januar habe der Geschäftsführer des Bundes der Deutschösterreicher in München, Karl Wundel, mit Hilfe bayrischer polizeilicher und militärischer Wachmannschaften sowohl die österreichische Gesandtschaft wie das österreichische Konsulat besetzt. Eisner habe nach der Nacht persönlich die Befreiung der Gesandtschaft und des Konsulats herbeigeführt und die Gesandtschaft unter seinem Schutz gestellt. Wegen dieser Vorkommnisse bitte er die Regierung Deutschösterreichs um Entschädigung. Die von ihm verfügte Verhaftung Radels sei wieder aufgehoben worden, da der bisherige österreichische Gesandte, Graf Bruffelle, selbst erklärt habe, er lege auf die Verhaftung keinen Wert.

**Wiederherstellung der Ordnung in Posen.**

Posen, 2. Januar. In der Nacht zum 1. Januar um 3 Uhr sind Paderewski sowie die beiden Mitglieder der englischen Kommission Oberst Wade und Leutnant Langford sowie Major Jwanowski von der polnischen Armee aus Posen in der Richtung nach Warschau abgereist. Der Kommandant Kawlings, das dritte Mitglied der Kommission, fuhr über Berlin nach Spaan mit einem Berichte für die Waffenstillstandskommission. In Ostrowo sind Bahnhofs, Post, Polizei, Banken und alle öffentlichen Gebäude in polnischer Hand. Heute trat eine Spezialkommission zusammen, die das gesamte militärische Inventar übernahm. Auch in Stalmirzyce ist alles in polnischen Händen. Krotoschin ist ebenfalls von den Polen besetzt. Auch der Truppenübungsplatz Warthelager ist von polnischen Abteilungen besetzt worden. In der Stadt Posen traten allmählich geordnete Zustände ein. Der Post- und Fernsprechtsverkehr ist in vollem Umfange wieder aufgenommen worden. Das „Posener Tageblatt“ und die „Ostdeutsche Warte“ dürfen von Sonnabend früh ab wieder erscheinen.

**Nähe im Regierungsvertrag Bromberg.**

Bromberg, 2. Januar. Vom Volksgauausschuß Bromberg geht folgende Mitteilung aus: Im Regierungsvertrag Bromberg sind durch Verhandlungen des Volksgauausschusses Bromberg mit Gnesen die Differenzen beigelegt worden. Die Verhandlungen werden in Höheinsafa fortgesetzt. Ruhe und Ordnung ist somit wiederhergestellt.

**Zum Austritt Paderewskis in Posen.**

Berlin, 2. Januar. Der Vorkämpfer der englischen Delegation in Spaan, General Haking, hat an den englischen Oberstleutnant Wade, zurzeit in Posen, folgendes Telegramm gerichtet: Ich habe vom englischen Auswärtigen Amt Auftrag erhalten, Sie anzumerken, Ihre Reise nach Warschau ohne Aufsicht fortzusetzen. Beiliegend Sie den Empfang, General Haking, britische Delegation in Spaan.

Dem Oberstleutnant Wade war deutscherseits gemeinsam mit Paderewski freies Geleit ausdrücklich nur für die Reise Danzig-Warschau gewährt worden. Beide hatten sich aber trotz deutschen Einspruchs nach Posen begeben und hatten dort, wie die deutsche Regierung es den Verbündeten unter Ablehnung der Verantwortung vorausgesetzt hatte, deutschfeindliche Ausgebungen veranstaltet, indem sie unter bewußter Entstellung der Tatsachen dem stellvertretenden Generalkommando in Posen mitteilten, ihr Aufenthalt in Posen vollziehe sich im Einverständnis mit der deutschen Waffenstillstandskommission. Mit dem dritten Befehl zur Weiterreise ist endlich der deutschen Forderung Genüge geleistet worden, daß Wade und Paderewski das deutsche Reichsgebiet unzugänglich verlassen sollen.

**Zur weiteren Entwicklung der inneren Lage.**

**Die Kandidaten der Deutschen Volkspartei im sächsischen Wahlkreis.**

Die Deutsche Volkspartei hat im sächsischen Wahlkreis folgende Kandidaten aufgestellt: 1. Staatsminister a. D. Dr. Heine-Loschwig. 2. Staatsminister a. D. Dr. Koch-Dresden. 3. Dr. Dr. Lohm-Edung-Dresden. 4. Oberlehrer Sattler, Vorsitzender des Sächsischen Lehrervereins, Dresden. 5. Fabrikbesitzer Otto-Freiberg. 6. Reichskulturreferent Prof. Dr. Bergmann-Dobau. 7. Arbeitsekretär Sey-Dresden. 8. Gymnasialprofessor Dr. Böhm-Reichen. 9. Postsekretär Herrmann-Dresden. 10. Fabrikdirektor Dr. Rütger-Dresden. 11. Holzpflanzler Rejter-Dresden. 12. Oberbürgermeister Blüher-Dresden.

**Die Kandidaten der Zentrumspartei im 28. Wahlkreis.**

Die Zentrumskandidaten zur deutschen Nationalversammlung für den 28. Wahlkreis, umfasst die früheren sächsischen Reichstagswahlkreise 1-9, sind: 1. Reichsgerichtsrat Burlage-Leipzig, Leisingstraße 1. 2. Günterberger Weg in Wittig b. Panschwitz. 3. Filialarzt Dresden-Altsadt, Christianstraße 31. 4. Vorsitzender des Ra. A. Arbeitervereins zu Dresden-N. 5. Bürgerrechtler Lorenz-Pittau, Leisingstraße 31. 6. Oberlehrer Kantor Hille, Kirchhainstraße 1 in Großwitz, Bez. Dresden. 7. Postsekretär Hofotowski-Tr. den-N., Kochstraße 21. 8. Pfarrer Kreitzmer-Edingwalde. 9. Hauptlehrerleiter Heßlein-Dresden-N., Hofeinstr. 46. 10. Dr. Parischer, Studentin der Sozialwissenschaft, Köttwitz b. Dohna. 11. Dampfmaschinenfabrikbesitzer Stolte-Dresden-N., Großenhainer Straße 140. 12. Scheffel, Fabrikbesitzer in Raudorf b. Ostroh i. Sa. 13. Kaufmann Hirtel-Bischdorf.

**Beilegung des Streiks in den ober-schlesischen Gruben.**

Dresden, 2. Januar. Wie wir von einer von dem Berg- und Hüttenmännischen Verein nahebedehenden Seite erfahren, ist der Streik auf den ober-schlesischen Gruben beigelegt. Die Arbeit wurde heute überall wieder aufgenommen, außer in der Dubents-Grube, im Südbrevier und in der Kleophas-Grube im Rattowitzer-Revier. Rattowitz, 2. Januar. Der Bergarbeiterstreik auf dem Gotthardtsgrube, den Gruben Hohenjollen, Paulus, Oheim, Max, Deutschland, Schöfen, Ludwigsglad, Hedwigswald, Castellano, Brandenburg, Graf Franz-